



ThinkPeace

böllpaper

„Wenn wir auf Konflikte nur reagieren, ist es schon zu spät“

Eine feministische Sicht auf Europas Rolle im
Nahen Osten

**Barbara Mittelhammer im Gespräch
mit Sussan Tahmasebi**

In diesem Gespräch mit Barbara Mittelhammer führt Sussan Tahmasebi die aktuelle regionale Krise im Nahen Osten auf ihre strukturellen Ursachen zurück. Sie liefert eine scharfsinnige Einschätzung des Potenzials der EU, aber auch ihrer Widersprüche – vom Versäumnis, den eigenen erklärten Werten in ihrer Menschenrechtspolitik Taten folgen zu lassen, bis hin zum Backlash gegen feministische und zivilgesellschaftliche Organisationen, die den von Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftler*innen und der UN-Untersuchungskommissionen konstatierten Genozid verurteilt haben. Über die Kritik hinaus entwirft Tahmasebi ein konkretes Konzept dafür, wie ein sinnvolles europäisches Engagement aussehen könnte: prinzipientreu, auf politische und wirtschaftliche Missstände eingehend und gründend auf den Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die seit Jahrzehnten in diesen Kontexten tätig sind. Ihre Botschaft: Europa muss seine Beziehung zur Region und ihren Menschen überdenken.

Europas Untätigkeit – eine Reflexion von Barbara Mittelhammer

Sechs Monate nach Beginn des Krieges im Iran, von dem US-Präsident Trump behauptet hatte, er würde binnen weniger Tage enden, sind die Waffenruhen nach wie vor brüchig, und die Lage eskaliert weiter – vom Jemen bis zum Westjordanland, wobei jeder Konflikt seine eigenen, seit Langem bestehenden Ursachen hat. Unterdessen gehen Israels Kriege im Libanon und im Gazastreifen unvermindert weiter. Die Normalisierung von Gewaltanwendung, Krieg und routinemäßigen Verletzungen der Menschenrechte sowie Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht wird sowohl von den Tätern als auch der tatenlos zuschauenden internationalen Gemeinschaft akzeptiert. Die Sicherheit der in der Region lebenden Menschen tauchte nur als Lippenbekenntnis auf, als während der gewaltsamsten Niederschlagung friedlicher Proteste in der modernen Geschichte des Iran angeblich Hilfe unterwegs war. Überlegungen zu menschlicher Sicherheit fehlen nach wie vor im geopolitischen Machtspiel.

Aus europäischer Sicht bleibt die unbequeme Frage, warum die EU nicht in der Lage ist, ihre Trägheit zu überwinden. Europa scheint in einer endlosen Schleife von Reaktionen auf die Vorgänge im Nahen Osten gefangen: von „Frau, Leben, Freiheit“ über Gaza, den Libanon, den 12-Tage-Krieg, die Massenmorde im Januar 2026 im Iran bis hin zur Sperrung der Straße von Hormus. Europa wurstelt sich durch und schöpft damit weder sein Handlungspotenzial aus, noch wird es der Dringlichkeit der Lage gerecht. Der Iran wurde lange Zeit getrennt von der Region betrachtet, und zwar primär mit Blick auf die Atomfrage, wobei die EU zögerte, die Atomdiplomatie oder die Beziehungen zu den USA zu gefährden.

Ein Weg nach vorne würde stattdessen einen Kompass erfordern, ausgerichtet auf Basis klar definierter und gegeneinander abgewogener europäischer Interessen, den

Menschenrechts- und völkerrechtlichen Verpflichtungen der EU, ausgerichtet auf Ursachen statt Symptomen. Um die Trägheit zu überwinden, sollten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten für angewandte menschliche Sicherheit entscheiden, indem sie gemeinsam mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft und Expert*innen aus der Region darüber nachdenken, welche gemeinsamen Interessen den handlungsleitenden Rahmen bilden können. Das folgende Gespräch mit Sussan Tahmasebi gibt Anhaltspunkte, wie das Durchwursteln Europas beendet werden könnte.

Barbara Mittelhammer: Sussan, wenn Sie sich anschauen, wie die internationale Gemeinschaft mit der aktuellen Lage umgeht, was fehlt Ihrer Meinung nach am meisten?

Sussan Tahmasebi: Es ist wichtig, zu erkennen, dass oft zu spät reagiert wird. Der Schwerpunkt sollte stärker auf nachhaltigen Bemühungen zur Konfliktprävention liegen. In der europäischen Politik gegenüber der Region sollte menschliche Sicherheit priorisiert werden, wobei sozioökonomische Entwicklung, die Erweiterung wirtschaftlicher Chancen, die Förderung politischer Stabilität, die Unterstützung demokratischer Reformen und die Stärkung der Rechenschaftspflicht bei staatlicher Gewalt im Vordergrund stehen sollten. Solche Maßnahmen gehen auf die zugrunde liegenden Bedingungen ein, die Konflikte hervorrufen, anstatt lediglich auf deren Folgen zu reagieren. Indem sie den Fokus auf die menschliche Sicherheit legen und Regierungen dazu ermutigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Bürger*innen ihr volles Potenzial entfalten können, können politische Entscheidungsträger*innen dazu beitragen, demokratischere, stabilere und friedlichere Gesellschaften zu fördern. So haben beispielsweise der Marshall-Plan und die EU-Erweiterungspolitik nach dem Kalten Krieg den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die strukturelle Integration gegenüber militärischer Eindämmung gefördert und haben dazu beigetragen, zerrissene Regionen in stabile, prosperierende Demokratien zu verwandeln. Diese historischen Bezüge zeigen, dass direkte Investitionen in Maßnahmen, die sich auf die menschliche Sicherheit auswirken – wie Arbeitsplätze, eine robuste Infrastruktur und eine solide Regierungsführung –, die Hauptursachen von Radikalismus und Konflikten beseitigen.

Es ist bedauerlich, dass Europa in Bezug auf die Nahost-Region so sehr ins Abseits geraten ist. Die EU hätte eine größere Rolle bei der Verhinderung einer Eskalation spielen können. So hätte sie beispielsweise entschlossener Schritte unternehmen können, um den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) aufrechtzuerhalten, nachdem sich die Vereinigten Staaten daraus zurückgezogen hatten. Damals war er ein gangbarer Weg der Deeskalation.

Barbara Mittelhammer: ... und woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Sussan Tahmasebi: Weil Europa sich bei der Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik zurückgehalten und sich in vielen zentralen regionalen Fragen den Vereinigten Staaten untergeordnet hat, wurden seine Glaubwürdigkeit, Bedeutung und Durchschlagskraft geschwächt. Zudem war die mangelnde Konsequenz

einer der grundlegenden Fehler Europas – sowohl in seiner Haltung gegenüber Palästina als auch im Umgang mit den Staaten der gesamten Region. Wenn Regierungen als strategische Partner angesehen wurden – allen voran Israel –, wurden sie weitgehend vor ernsthaften Konsequenzen aufgrund ihrer Verstöße gegen das Völkerrecht bewahrt, die wahrscheinlich eine stärkere Reaktion hervorgerufen hätten, wären sie von anderen begangen worden. Während die Doppel-moral der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Menschenrechte und Rechenschaftspflicht im Fall der palästinensischen Rechte am deutlichsten zutage tritt, hat die EU auch gegenüber anderen Ländern eine ähnliche Politik verfolgt. So ging die EU beispielsweise eine finanzielle Partnerschaft mit Tunesien ein, die darauf abzielte, Migration einzudämmen, obwohl es eklatante Belege dafür gab, dass tunesische Behörden systematische Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und rassistische Gewalt gegen Schwarze Migrant*innen verübten. Darüber hinaus hat die EU ähnliche Abkommen und Formen der Zusammenarbeit mit anderen Staaten geschlossen, wenn dies ihren strategischen Zielen diente, und Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen, darunter Abkommen mit den Regierungen Ägyptens und Aserbaidschans.

Bei den aktuellen Konflikten ist es unerlässlich, die Palästina-Frage als eines der zentralen zugrunde liegenden Probleme anzuerkennen. Die Ungerechtigkeit, die den Palästinenser*innen seit fast acht Jahrzehnten zugefügt wird, ist zu einem mächtigen Metanarrativ geworden und prägt das politische Bewusstsein in der gesamten Region. Sie beeinflusst die Arbeit derjenigen, die sich in gewaltfreien Bewegungen für Gerechtigkeit engagieren, und befeuert zugleich die Rhetorik und die Motivation bewaffneter Widerstandsgruppen und Extremist*innen.

Europa hat maßgeblich zur Entstehung dieses zugrunde liegenden Problems beigetragen und es versäumt, sich mit dem daraus resultierenden Schaden auseinanderzusetzen. Zwar haben europäische Regierungen zeitweise das Ausmaß der gegen die Palästinenser*innen gerichteten Gewalt verurteilt, doch gingen mit diesen Erklärungen selten transformative politische Maßnahmen einher. Nach dem 7. Oktober wurde die Hamas verurteilt. Dies ging jedoch nicht mit Maßnahmen zur Unterstützung der Palästinenser*innen einher, die unter Apartheid gelebt hatten und nun kollektiver Bestrafung und Genozid ausgesetzt waren. Israels gewalttätige und expansionistische Politik ist zu einem zentralen Faktor der Instabilität in der Region geworden.

Entscheidend ist ein prinzipientreuer Ansatz bei der Wahrung der Menschenrechte und der Verteidigung des internationalen Menschenrechtssystems, an dessen Aufbau Europa selbst maßgeblich beteiligt war und an dem es nach wie vor interessiert ist.

Barbara Mittelhammer: Sie beschreiben ein wiederkehrendes Muster: Die Kluft zwischen dem, was Europa sagt, und dem, was es tut. Wenn jedoch Krisen ausbrechen, scheint Europa bereit zu sein, zu reagieren. Es müsste sich jedoch der Ansatz von der

Krisenreaktion hin zur Prävention wandeln. Sie haben die Prävention als das fehlende Puzzlestück bezeichnet. Was müsste sich ändern, damit Europa dieses Ziel erreicht?

Sussan Tahmasebi: Als Feministin bin ich überzeugt, dass viel stärker mit der Zivilgesellschaft, Frauenorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen in der gesamten Region zusammengearbeitet werden muss. Das bedeutet, nicht nur die seit Langem bestehenden Herausforderungen zu lösen, mit denen Frauen konfrontiert sind – darunter diskriminierende Gesetze und repressive politische Systeme –, sondern auch das immense Leid und die Verwüstung, die Konflikte den Frauen im Iran und im gesamten Nahen Osten zugefügt haben. Europäische Entscheidungsträger*innen sollten vor Ort prüfen, wie sie Frauen unterstützen und sicherstellen können, dass sie sinnvoll in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, insbesondere Frauen, die in diesen Ländern leben und arbeiten.

Mir ist bewusst, dass ein direktes Engagement nicht in jedem Kontext möglich ist, insbesondere im Iran. Dennoch ist es unerlässlich, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, die weiterhin in diesen Ländern tätig sind, oder Räume zu schaffen für eine gefahrlose Teilhabe ihrer Vertreter*innen. Dieses Engagement muss auch Stimmen berücksichtigen, die möglicherweise mit den Positionen der EU oder einzelner europäischer Regierungen nicht vollständig einig sind. Wenn sich das Engagement nur auf diejenigen beschränkt, die bereits mit den europäischen Entscheidungsträger*innen übereinstimmen, kann es nicht wirklich inklusiv sein.

Barbara Mittelhammer: Was meinen Sie damit konkret? Und wie sollte es stattdessen aussehen?

Sussan Tahmasebi: Nach dem 7. Oktober äußerten viele Feministinnen heftige Kritik an den Maßnahmen mehrerer europäischer Regierungen gegen Frauenorganisationen und Menschenrechtsgruppen, die sich zum Genozid in Palästina geäußert hatten. Ich fand es zudem bemerkenswert, dass Regierungen Gespräche über feministische Außenpolitik einberiefen, während sie zu einer der ungeheuerlichsten Formen von Gewalt gegen Frauen und Zivilist*innen in der Region schwiegen. Für eine sinnvolle feministische Außenpolitik braucht es mehr, als nur Frauen stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Sie erfordert auch, dass die Stimmen von Frauen auf allen Ebenen der internationalen Politikgestaltung gehört werden und dass die Arbeit von Frauen vor Ort unterstützt wird. In einer Reihe von Konsultationen, die von [Femena](#) organisiert wurden, kritisierten SWANA¹-Feministinnen feministische Außenpolitik als ein Instrument der „Soft Power“, das die Sprache der Menschenrechte und der Ermächtigung von Frauen nutzt, um Militarismus, neokoloniale Wirtschaftspraktiken und Allianzen mit autoritären Regierungen zu legitimieren, während die Perspektiven der globalen

1 Southwest Asia and North Africa

Mehrheit an den Rand gedrängt werden. Sie forderten trauma-informierte, gemeinschaftsorientierte und dekoloniale Ansätze, die indigenes Wissen, gelebte Erfahrungen und die Expertise strukturell ausgegrenzter Gemeinschaften bei der Priorisierung in Politik, Forschung und Finanzierung in den Mittelpunkt stellen. Die Teilnehmer*innen räumten ein, dass einige der feministische Außenpolitik praktizierenden Staaten, insbesondere Kolumbien, Chile und Spanien, sinnvolle Räume für feministische Interessenvertretung geschaffen und durch anhaltenden Druck der Basis größere Solidarität mit den Bewegungen der globalen Mehrheit gezeigt haben. Sie betonten, dass ein kontinuierliches Engagement staatlicher Institutionen und Geberplattformen weiterhin unerlässlich sei, da Fortschritte eher von beharrlicher kollektiver Organisation als von feministischer Rhetorik allein abhängen.

Was den Iran betrifft, so hat Europa auf Krisen wie die „Frauen, Leben, Freiheit“-Bewegung reagiert, was ich anerkennen möchte. Die Einrichtung der UN-Untersuchungskommission zum Iran zu unterstützen, war ein wichtiger Schritt. Deutschland und Frankreich haben zudem humanitäre Visa für Menschen bereitgestellt, die aus dem Iran fliehen mussten, und es wurden in begrenztem Umfang finanzielle Mittel für Menschenrechtsorganisationen außerhalb des Landes bereitgestellt. Dies waren wichtige Maßnahmen. Der 12-tägige Krieg hat jedoch erhebliche Schäden an der Infrastruktur und in den Gemeinden im Iran verursacht, und der darauffolgende 100-tägige Krieg sowie die anhaltenden Militäroperationen der USA gegen den Iran haben schwere Zerstörungen angerichtet. Vor diesem Hintergrund hat die europäische Reaktion dem Ausmaß der Bedürfnisse vor Ort nicht entsprochen.

Zwar gab es bereits gewisse Unterstützung – und die Zivilgesellschaft weiß diese sicherlich zu schätzen –, doch es ist noch viel mehr erforderlich. Angesichts der neuen regionalen Dynamik ist es zentral, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihr Engagement wieder aufnehmen. Ein wichtiger Bereich ist die Bewältigung der humanitären und wirtschaftlichen Folgen dieser Konflikte. Dazu sollten der Wiederaufbau unterstützt und humanitäre Hilfe gewährt werden. Doch noch wichtiger ist es, wirtschaftliche Krisen und Missstände anzugehen. Dazu gehören die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Teilhabe von Frauen, die Stärkung der Möglichkeiten für Wirtschaftswachstum, die Pflege von Beziehungen zu Unternehmen sowie Investitionen in den Wiederaufbau in den von Krieg betroffenen Ländern. Diese Bemühungen würden auch den strategischen Interessen Europas dienen. Indem Europa dabei hilft, diese wirtschaftlichen Herausforderungen zu lösen, würde es nicht nur den Bedürfnissen der Menschen in der Region gerecht werden, sondern auch seine konstruktive Rolle und Zuverlässigkeit unter Beweis stellen.

Es sollten auch konkrete Schritte unternommen werden, um die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die Bevölkerung und insbesondere auf schutzbedürftige Gruppen abzumildern. So ist es beispielsweise unerlässlich, dass die

Iraner*innen Zugang zu Medikamenten haben. Dies ist besonders wichtig, da der Zugang zu Medikamenten bereits durch jahrzehntelange harte Sanktionen ernsthaft beeinträchtigt wurde und zudem während des Krieges Lager- und Produktionsstätten für Medikamente gezielt angegriffen und zerstört wurden.

Auch Programme zur wirtschaftlichen Wiederbelebung sind unerlässlich, um die iranische Bevölkerung zu unterstützen. Einige dieser Bemühungen erfordern jedoch eine andere Art des Engagements gegenüber der iranischen Regierung. Aber lassen Sie mich eines klarstellen: Das bedeutet nicht, auf Rechenschaftspflicht zu verzichten, schon gar nicht in einer Zeit von Massenhinrichtungen und verschärfter Unterdrückung. Es gibt einen Unterschied zwischen der iranischen Regierung und dem iranischen Volk. Die jahrzehntelange Isolierung der Regierung hat vor allem die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft bestraft, nicht den Staat. Die Frage ist also, wie man Kanäle öffnen kann, die die Menschen erreichen, Zugang zu Medikamenten ermöglichen, wirtschaftliche Lebensadern stärken und die Zivilgesellschaft unterstützen, ohne die Regierung von ihrer Rechenschaftspflicht für ihre Menschenrechtsverletzungen zu entlasten.

Barbara Mittelhammer: Wir diskutieren unter der Prämisse, dass Prävention, Engagement für die und Unterstützung der Zivilgesellschaft letztendlich zu stabileren, demokratischeren Gesellschaften und mehr menschlicher Sicherheit führen werden. Wie und wo haben Sie das bestätigt gesehen? Können Sie ein Beispiel aus Ihrer Erfahrung nennen?

Sussan Tahmasebi: Es gibt in der Region gute Beispiele dafür, wie die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und insbesondere mit von Frauen geführten Organisationen zu mehr Stabilität, Rechten und menschlicher Sicherheit beitragen kann: In Tunesien spielten zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Frauengruppen, die sich bereits vor der Revolution seit Langem für Demokratie eingesetzt und den politischen Dialog sowie Reforminitiativen vorangetrieben hatten, eine entscheidende Rolle dabei, den Dialog zu erleichtern und eine Eskalation der politischen Krise zu verhindern. In Marokko trugen die beharrliche Organisationsarbeit und das Engagement von Frauenrechtsgruppen zu bedeutenden Reformen des Familienrechts bei. Im Irak wurde es weiblichen Friedensstifterinnen und von Frauen geführten zivilgesellschaftlichen Gruppen durch internationale Unterstützung möglich, eine größere Rolle bei der Versöhnung, der Konfliktprävention und dem sozialen Zusammenhalt in Gemeinden zu spielen, die sich von den Folgen der IS-Herrschaft erholen – unter anderem durch lokale Friedensgruppen und Initiativen, die sich um die Bedürfnisse von Frauen und Familien kümmern, die vom Konflikt betroffen sind. Diese Beispiele verdeutlichen, wie wichtig es ist, lokal verwurzelte Akteur*innen der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauen, beim Aufbau friedlicherer, demokratischerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften zu unterstützen.

Barbara Mittelhammer: Da Sie regionale Dynamiken, aber auch die Arbeit von Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen angesprochen haben: Sie und Femena arbeiten

mit Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen im gesamten Nahen Osten zusammen, die gleichzeitig mit Krieg, Unterdrückung, wirtschaftlichem Zusammenbruch und schrumpfendem zivilgesellschaftlichem Raum zu kämpfen haben. Wie kann feministische Solidarität in diesem Kontext aussehen?

Sussan Tahmasebi: Solidarität ist unglaublich wichtig, weil sie den Menschen hilft, zu erkennen, dass sie nicht allein sind. Sie ermöglicht es ihnen, zu sehen, dass andere mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen hatten – in repressiven politischen Kontexten, unter autoritären Regimes und in bewaffneten Konflikten – und dass diejenigen, die vor ihnen kamen, Wege gefunden haben, zu überleben, Widerstand zu leisten und ihre Arbeit fortzusetzen.

Bei Femena versuchen wir, Räume zu schaffen, in denen Feministinnen diese Erfahrungen austauschen können – mal durch direkte Gespräche, mal durch Interviews, die feministische Bewegungen dokumentieren. Wie haben sich beispielsweise libanesische Feministinnen organisiert, um auf die humanitären Bedürfnisse der vom Konflikt Betroffenen einzugehen? Wie haben sie feministische Formen des Widerstands aufgebaut und sich gleichzeitig für Frauenrechte und Frieden eingesetzt? In ähnlicher Weise bietet die Erfahrung Syriens – mit jahrelangem Krieg, weitreichender Zerstörung, Vertreibung, Exil und Organisationsarbeit inner- und außerhalb des Landes – wichtige Lehren nicht nur für Iraner*innen, von denen viele bewaffnete Konflikte nicht in derselben Weise erlebt haben, sondern auch für Aktivist*innen in der gesamten Region.

Bei Solidarität geht es auch um mehr als nur den Austausch von Strategien. Es geht darum, zu wissen, dass der eigene Schmerz, der eigene Kampf und der eigene Widerstand gesehen, anerkannt, unterstützt und mit Fürsorge begleitet werden. Solidarität schafft Raum für Menschen, sich auszudrücken, über das Erlebte nachzudenken und zu erkennen, was sie erreicht haben. Allzu oft blicken wir auf andere, um von ihnen zu lernen. Wir halten selten inne, um anzuerkennen, dass unsere eigenen Erfahrungen – die Art und Weise, wie wir uns in unserem jeweiligen Kontext organisiert und Widerstand geleistet haben – ebenfalls wertvoll sind und andere inspirieren können. Diese Anerkennung kann zutiefst bestärkend sein.

Gleichzeitig sind wir nicht nur mit eskalierenden Konflikten in der gesamten Region konfrontiert, sondern auch mit der langfristigen Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums. Frauen- und feministische Bewegungen im gesamten Nahen Osten haben trotz intensiver Unterdrückung bemerkenswerte Kreativität bewiesen, um Räume für ihr Engagement zu schaffen und auszubauen. Leider erleben wir derzeit auch international eine Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Spielraums.

Dieser Rückschlag zeigt sich besonders deutlich in der eingeschränkten Beteiligung der Zivilgesellschaft an der UNO, was Frauen und Menschen aus Ländern der globalen Mehrheit stärker trifft, da sie über weniger Ressourcen verfügen und

mit größeren Reisehindernissen konfrontiert sind. Zudem hat sich ein Wandel in der Politik und den Reaktionen westlicher Regierungen und Institutionen vollzogen, die viele von uns einst als Partner bei der Förderung der Menschenrechte betrachteten. Vielen Feministinnen und Menschenrechtsaktivistinnen galten europäische Länder lange Zeit als natürliche Verbündete im Kampf für Frauenrechte. Doch nach dem 7. Oktober erlebten viele Frauenorganisationen erheblichem Druck, weil sie sich öffentlich für ihre palästinensischen Schwestern eingesetzt hatten. Mehrere Organisationen verloren sowohl öffentliche als auch private Fördermittel, nur weil sie Erklärungen unterzeichnet hatten, in denen sie ihre Solidarität mit Palästina äußerten – darunter auch Fördermittel von Institutionen, die sich selbst als feministisch bezeichnen. Das wirft tiefgreifende Fragen hinsichtlich der Konsequenz und Glaubwürdigkeit feministischen Engagements auf. Meiner Ansicht nach lässt sich Feminismus nicht vom Widerstand gegen Genozid trennen.

Barbara Mittelhammer: Gleichzeitig überlagert sich das mit einem antigender- und antifeministischen Backlash auf globaler Ebene: Sollten wir weiter damit fortfahren, feministische Netzwerke aus einer regionalen Perspektive zu verknüpfen? Oder brauchen wir in diesem Sinne eine globale Perspektive?

Sussan Tahmasebi: Globale Perspektiven sind äußerst wertvoll. Wir in unserer Region können zum Beispiel viel von Lateinamerika lernen, angesichts seiner langen Geschichte von Kämpfen mit ähnlichen Problemen, darunter Konflikte, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen. Gleichzeitig ist auch der regionale Austausch sehr wertvoll, angesichts gemeinsamer Erfahrungen, ähnlicher Rahmenbedingungen und der Vertrautheit mit den Herausforderungen, denen sich die Nachbarländer gegenübersehen. Beide Formen des Engagements bieten wichtige Chancen.

Angesichts der aktuellen Realität schrumpfender Finanzmittel und sich mehrfach überschneidender Krisen werden diese Formen des Engagements jedoch immer schwieriger aufrechtzuerhalten und werden in manchen Fällen fast schon als Luxus betrachtet.

Barbara Mittelhammer: Was Sie sagen über die schrumpfenden Finanzmittel, führt zurück zur Bedeutung – und zum ungenutzten Potenzial – der Konfliktprävention. Gibt es in diesem Zusammenhang eine Sache oder Perspektive, die Sie den politischen Entscheidungsträger*innen – sei es in Berlin, Brüssel oder anderen europäischen Hauptstädten – gerne mitgeben möchten, was sich daran ändern sollte, wie Europa mit der Region – eigentlich mit den Menschen in der Region – umgeht?

Sussan Tahmasebi: Was die Region betrifft, braucht Europa ein konsequenteres und nachhaltigeres Engagement gegenüber der Zivilgesellschaft. Zwar gibt es bereits einige Ansätze, doch bestehen Bedenken, dass Teile der europäischen Politik die Stimmen mit großen öffentlichen Plattformen vorrangig denen gegenüber behandeln, die über langjährige, fundierte Erfahrung in der Arbeit im und

mit dem Land verfügen. Einige der auffälligeren Lösungsansätze, die zu gewaltsamer Unterdrückung und dem Verlust von Menschenleben sowie zu anhaltenden Zyklen innerer Unruhen und äußerer Konflikte geführt haben, haben sich zunehmend als unwirksam erwiesen. Deshalb bietet sich die Gelegenheit, die Situation neu zu bewerten und ernsthafter mit Akteur*innen zusammenzuarbeiten, die über langjährige Erfahrung in diesen Kontexten verfügen.

Eine wichtige Empfehlung ist, vorrangig mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Sie verfügen sowohl über Erfahrungen vor Ort als auch über ein nachweisliches Engagement für die Menschenrechte und konnten teilweise im Laufe der Zeit zu konkreten Fortschritten bei den Menschenrechten beitragen. Dazu gehört, ihre Arbeit zu stärken und sicherzustellen, dass ihren Perspektiven mehr Gewicht beigemessen wird als opportunistischen oder weniger fundierten öffentlichen Kommentaren. Ein weiterer wichtiger Schritt besteht darin, vor der Verabschiedung von internationalen Strafmaßnahmen gründliche Folgenabschätzungen durchzuführen, um deren Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft zu verstehen. Dies gilt nicht nur für Sanktionen, sondern für ein breiteres Spektrum politischer Instrumente.

Über ThinkPeace

In ihrem zweiten Band legt die ThinkPeace-Reihe den Fokus auf eine bestimmte Region, um eine umfassendere Analyse zu ermöglichen, konkrete Beispiele mit globalen Dynamiken zu verknüpfen und die Konvergenz von Krisen in einem entscheidenden globalen Moment hervorzuheben. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit der Global Unit for Human Security (Wien), der Global Unit for Feminism and Gender Democracy (Sarajevo) und der Abteilung für Außen- und Sicherheitspolitik (Berlin) der Heinrich-Böll-Stiftung, mit Barbara Mittelhammer als Autorin und kuratorischer Leiterin.

Die Autorinnen

Sussan Tahmasebi ist Geschäftsführerin und Mitbegründerin von Femena, einer Organisation, die sich für Frauenrechte einsetzt und Menschenrechtsverteidigerinnen, deren Organisationen sowie feministische Bewegungen in der SWANA-Region unterstützt. Als iranische Aktivistin mit über zwei Jahrzehnten Erfahrung im Bereich Frauenrechte sowie Friedens- und Sicherheitsarbeit war Tahmasebi im Iran sowie auf regionaler und internationaler Ebene tätig. Sie ist Gründungsmitglied der „One Million Signatures“-Kampagne und wurde für ihr außergewöhnliches Engagement mit dem Alison-Des-Forges-Preis von Human Rights Watch ausgezeichnet.

Barbara Mittelhammer ist eine unabhängige politische Analystin. Ihre Arbeit konzentriert sich auf menschliche Sicherheit, feministische Außenpolitik sowie Genderfragen und die Rolle der Zivilgesellschaft in der außenpolitischen Entscheidungsfindung. Sie hat Veröffentlichungen zur Entwicklung und Umsetzung feministischer Außenpolitik, unter anderem in Bezug auf den Iran und Syrien, verfasst und mit Thinktanks, Stiftungen, internationalen Organisationen, Ministerien, Parlamentariern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengearbeitet. Darüber hinaus ist sie ausgebildete Mediatorin.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e. V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Simon Ilse, simon.ilse@at.boell.org, Head of Global Unit
for Human Security, Vienna | Derya Binisik, derya.binisik@boell.de,
Director Global Unit for Feminism and Gender Democracy, Sarajevo

Übersetzung aus dem Englischen durch DeepL

Design: Sebastian Langer, feinkost Design (www.feinkost-design.de)

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: September 2026

Titelmotiv: © Russell Watkins/Department for International
Development

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0),
<https://creativecommons.org/licenses/by-ncnd/4.0/deed.de>

Die vorliegende Publikation spielt nicht notwendigerweise die Meinung
der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahl-
kampfszwecken verwendet werden.

Weitere Studien und Schriften zum Downloaden unter:
<https://www.boell.de/de/publikationen>